Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1945)

Artikel: Bericht über die Präsidialverwaltung

Autor: Mouttet, H. / Stähli, H. / Seematter, A.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-417320

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

BERICHT

ÜBER DIE

STAATSVERWALTUNG DES KANTONS BERN

FÜR DAS JAHR 1945

Bericht über die Präsidialverwaltung

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat Dr. **H. Mouttet**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat Dr. **H. Stähli**

Vizepräsident des Regierungsrates: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **H. Stähli**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **A. Seematter**

Volksabstimmungen

Im Berichtsjahr wurden 3 kantonale und 2 eidgenössische Volksabstimmungen durchgeführt:

A. Kantonale Volksabstimmungen

Am 21. Januar wurde das Gesetz über die Abänderung einiger Bestimmungen der Schulgesetzgebung den Stimmberechtigten zur Abstimmung unterbreitet. Dieses wurde angenommen mit 65,318 gegen 18,250 Stimmen, also mit einem Mehr von 47,068 Stimmen. Von insgesamt 234,879 in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern gingen 89,388 zur Urne, oder 38,1 %.

Am 6. Mai ist das Gesetz über die Organisation des Kirchenwesens vom Bernervolk mit 32,343 gegen 26,073 Stimmen, also mit einem Mehr von 6270 Stimmen angenommen worden. Von 235,119 in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern gingen zur Urne 63,474 oder 26,9 %.

Am 25. November kam schliesslich noch zur Abstimmung die Vorlage für einen Volksbeschluss über die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Weiterführung der Massnahmen zur Milderung der Wohnungsnot durch Förderung der Wohnbautätigkeit. Diese wurde mit 72,706 gegen 14,432 Stimmen angenommen. Die annehmende Mehrheit betrug somit 58,274 Stimmen. Von insgesamt 236,964 in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern gingen zur Urne 90,134 oder 38 %.

B. Eidgenössische Abstimmungen

Der Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Schweizerischen Bundesbahnen wurde dem Schweizervolk am 21. Januar zur Abstimmung unterbreitet. Im Kanton Bern wurden dafür abgegeben 54,603 Ja-Stimmen und 34,566 Nein-Stimmen. Die Vorlage wurde somit in unserem Kanton angenommen mit einem Mehr von 20,037 Stimmen. Von insgesamt 236,471 in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern gingen 89,873 oder 38 % zur Urne.

Am 25. November wurde der Bundesbeschluss über den Familienschutz im Kanton Bern mit 75,339 gegen 13,535 Stimmen angenommen. Er erzielte also im Kanton Bern eine annehmende Mehrheit von 61,804 Stimmen. Von insgesamt 238,462 in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern gingen 89,957 oder 37,8 % zur Urne.

Volkswahlen

Neben verschiedenen Bezirksbeamtenwahlen fand am 6. Mai für das gesamte Kantonsgebiet eine Volkswahl statt, nämlich die Ersatzwahl in den Regierungsrat

für den zum Direktor der Berner Alpenbahn-Gesellschaft Bern-Lötschberg-Simplon und mitbetriebene Linien gewählten Dr. P. Guggisberg. Gewählt wurde Dr. Markus Feldmann, Chefredaktor in Bern.

Vertretung des Kantons in der Bundesversammlung

Als Ständeräte wurden für die Amtsperiode 1. Dezember 1945 bis 30. November 1946 gewählt die beiden bisherigen, Regierungsrat Dr. H. Mouttet in Bern und Rudolf Weber, Landwirt in Grasswil.

Im Nationalrat musste der zum Regierungsrat gewählte Dr. Markus Feldmann, Chefredaktor in Bern, gestützt auf die Bestimmungen des Gesetzes vom 3. November 1929 über die Wählbarkeit von Mitgliedern des Regierungsrates in die Bundesversammlung auf sein Nationalratsmandat verzichten. Er wurde in dieser Behörde ersetzt durch Hans Kästli, Baumeister in Bern.

Ferner trat im Laufe des Berichtsjahres als Nationalrat zurück Woldemar Wiedmer, Jugendanwalt in Spiez. An dessen Stelle wurde gewählt Joh. Ueltschi, Viehzüchter in Boltigen.

Grosser Rat

Der Grosse Rat hielt insgesamt 5 Sessionen ab mit zusammen 44 Sitzungen. Davon waren 2 ausserordentliche, nämlich eine im Januar und die andere in den Monaten Februar/März. Für den Rest des Verwaltungsjahres amtete als Grossratspräsident Friedrich Meyer, Lehrer in Roggwil. Für das Jahr 1945/46 wurde zum Präsidenten des Grossen Rates gewählt Rudolf Weber, Landwirt in Grasswil. Als Vizepräsident wurden ernannt Sylvain Michel, Gemeindepräsident und Posthalter in Courtedoux und Karl Geissbühler, Lehrer in Liebefeld/Köniz.

Von den Ratsmitgliedern traten im Laufe des Berichtsjahres zurück Gottlieb Rubin, Saanen; Emil Schneiter, Enggistein; Dr. P. Flückiger, Bern; O. Locher, Hasle b. B.; Fritz Brügger, Biel und Dr. Emil Brändli, Biel. Infolge Todesfalles ist ferner ausgeschieden Johann Ulrich Kohli, Guggisberg.

Die Lücken wurden durch folgende Neueintritte ausgefüllt: Gottfried Zingre, Ebnit/Gstaad; Franz Neuenschwander, Oberdiessbach; Dr. Oskar Friedli, Bern; Fritz Krauchthaler, Wynigen; Hermann Bleuer, Biel/Mett; Walter Brechbühler, Biel und Alfred Kohli, Gfell/Rüschegg.

An Stelle des zurückgetretenen Dr. Emil Brändli wurde als Mitglied der Justizkommission gewählt Ernst Joho in Bolligen. Im Berichtsjahr wurden folgende wichtige Geschäfte behandelt:

1. Gesetze

Gesetz zur Hebung der Fischerei (1. Beratung).
Gesetz über das Kirchenwesen (2. Beratung).

2. Dekrete

Dekret über die Einteilung des Staatsgebietes in Grossratswahlkreise und Mandatzahl der Wahlkreise.
Dekret betreffend die Errichtung des Inventars.
Dekret betreffend die Errichtung neuer Pfarrstellen in den Kirchgemeinden Brienz und Spiez.
Dekret betreffend die Hauptrevision der amtlichen Werte der Grundstücke und Wasserkräfte.
Dekret betreffend die kantonale Rekurskommission.
Dekret betreffend Abänderung und Ergänzung des Dekretes vom 16. November 1939 über die Kirchensteuern.
Dekret betreffend Abänderung und Ergänzung des Dekretes vom 15. November 1933 über die Organisation der Direktion der Finanzen und Domänen (Personalamt).
Dekret betreffend die Veranlagung der direkten Staats- und Gemeindesteuern.
Dekret betreffend die Vereinigung der Gemischten Gemeinde Mullen mit der Einwohnergemeinde Tschugg.
Dekret betreffend die Verschmelzung der Einwohnergemeinden Ausserbirrmoos, Innerbirrmoos und Otterbach in eine Einwohnergemeinde Linden.
Geschäftsordnung für den Grossen Rat des Kantons Bern, Abänderung (Sitzungsgelder).
Dekrete betreffend Ausrichtung von Herbstzulagen an das Staatspersonal, die Lehrkräfte der Primar- und der Mittelschulen und die Rentenbezüger der Hülfskasse und der Lehrerversicherungskasse.
Dekrete betreffend Ausrichtung von Teuerungszulagen für das Jahr 1946 an das Staatspersonal, die Lehrkräfte der Primar- und Mittelschulen, die Rentenbezüger der Hülfskasse und der Lehrerversicherungskasse.

3. Motionen, Postulate, Interpellationen und Einfache Anfragen

Aus dem Jahr 1944 waren im Berichtsjahr noch 7 Motionen hängig. Zu diesen wurden neu eingereicht 48. Von den insgesamt 55 Motionen wurden im Berichtsjahr 43 erledigt und 12 auf das nächste Geschäftsjahr vorgetragen.

Postulate wurden eingereicht 44, wovon noch 3 aus dem Vorjahr zu behandeln waren. Von diesen 47 Eingängen erledigte der Rat 37. Ferner wurden bereits begründet 2 Postulate, auf welche die Antwort des Regierungsrates noch aussteht. Infolge Rückzuges konnten abgeschrieben werden 3 Postulate. Die Behandlung der verbleibenden 5 Postulate wurde auf das nächste Jahr verschoben.

Im Berichtsjahr wurden ausserdem 37 Interpellationen und 91 Einfache Anfragen beantwortet.

4. Andere Geschäfte

Als wichtigste neben den ordentlichen (Verwaltungsbericht, Staatsrechnung, Voranschlag) seien erwähnt:

Volksbeschluss über die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Weiterführung der Massnahmen zur Milderung der Wohnungsnot durch Förderung der Wohnbautätigkeit.
Bewilligung verschiedener Kredite für die Förderung des Wohnungsbaues.
Bewilligung von Teuerungszulagen an die Zivilstandsbeamten.

Bewilligung eines Beitrages von Fr. 1,000,000 an die Schweizerspende.
Konversion eines Schuldscheindarlehens von Franken 8,000,000 und von weitern 2 Anleihen von je Franken 3,000,000 und 16,000,000.
Behandlung eines Berichtes über die Finanzlage des Staates.
Bewilligung eines Kredites für den Bau einer Übungshalle auf dem Hochschulsportplatz.
Sanierung und Fusion der Gürbetal Bern-Schwarzenburg-Bahn.
Grossratsbeschluss betreffend Errichtung der Stelle eines Adjunkten bei der Landwirtschaftsdirektion.
Bewilligung von Krediten für die Durchführung mehrerer Bodenverbesserungen und Rodungsprojekten.
Bericht über die kantonale Alters- und Hinterbliebenenversicherung.

Regierungsrat

Vom 1. Januar bis 31. Mai amtete als Regierungspräsident der damalige Direktor des Gemeindewesens und der Sanität Regierungsrat Dr. H. Mouttet. Am 1. Juni übernahm Vizepräsident H. Stähli, Vorsteher der Direktionen der Landwirtschaft und der Forsten, das Reginerugspräsidium, während als Vizepräsident gewählt wurde Regierungsrat A. Seematter, Polizeidirektor.

Der Regierungsrat hielt insgesamt 111 Sitzungen ab und behandelte 6423 Geschäfte. Gegenüber dem Vorjahr wurden somit 567 Geschäfte mehr erledigt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr ging der rings um das Schweizerland tobende Weltkrieg zu Ende. Am 8. Mai wurde offiziell mitgeteilt, dass der Waffenstillstand abgeschlossen sei. Dies bedeutet leider noch keineswegs Friede. Tatsächlich sind die Friedensverhandlungen im Berichtsjahr noch nicht wesentlich weiter gediehen. Der Regierungsrat hofft, dass die Zeit nicht mehr ferne sei, die das gegenseitige Vertrauen unter den Völkern wieder aufleben lässt, damit der schwergeprüften Menschheit die Möglichkeit zum Wiederaufbau geboten wird.

Die Kriegs- wie die Nachkriegszeit erschwerten die Verwaltungstätigkeit. Durch den Wegfall der Mobilisation trat insofern eine Erleichterung ein, als die sehr starke Beanspruchung des Personals durch Militärdienst dahinfiel. Dagegen ist in den mehr kriegsbedingten Geschäften noch kein Abbau bemerkbar. Die dringend notwendige Förderung des Wohnungsbaues, die vermehrten Rodungen für den Mehranbau, Massnahmen zur Beschränkung der Niederlassungsfreiheit wegen Wohnungsnot und insbesondere die Ausweisungen von Ausländern, rie sich gegen die Gastfreundschaft vergangen hatten, bzachten dem Regierungsrat vermehrte Arbeit. Für Einelheiten zu dies en ausserordentlichen Geschäften verweisen wir auf die Verwaltungsberichte der zuständigen Direktionen. Der Regierungsrat stellt auch dieses Jahr mit Genugtuung fest, dass im abgelaufenen Kriegs- und Nachkriegsjahr das Bernervolk sich weiter bewährt hat. Der Bevölkerung und insbesondere unsern Soldaten, die ihre Pflicht treu erfüllten, soll auch an dieser Stelle gedankt sein.

Regierungsrat Dr. P. Guggisberg, der zum Direktor der BLS und der mitbetriebenen Linien gewählt wurde, nahm zum letztenmal am 13. April an einer Sitzung des Regierungsrates teil. Der zurückgetretene Magistrat der von 1922—1926 dem Grossen Rat angehört hatte und in diesem Jahr zum Mitglied des Regierungsrates gewählt wurde, leistete während seiner fast 19jährigen Tätigkeit in dieser Stellung dem Staat Bern wertvollste Dienste. Dies kommt schon zum Ausdruck in der sehr grossen gesetzgeberischen Tätigkeit unter seiner Leitung. Von den gesetzlichen Erlassen, die auf Regierungsrat Dr. Guggisberg zurückzuführen sind, mögen insbesondere erwähnt werden das Gesetz über Massnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts im Staatshaushalt, das Gesetz über die Finanzverwaltung, das Gesetz über die Kantonalbank und als grösste Arbeit das Gesetz über die direkten Staats- und Gemeindesteuern. Regierungsrat Dr. Guggisberg stund während seiner ganzen Amtstätigkeit der Direktion der Finanzen und Domänen vor und seit dem Jahr 1939 auch noch der Militärdirektion. Den Rat präsidierte er in den Jahren 1929/30 und 1938/39. Der Regierungsrat dankt, soweit an ihm, dem zurückgetretenen Magistraten für seine vielseitige und fruchtbare Tätigkeit.

Nach dem Rücktritt von Regierungsrat Dr. Guggisberg wurden die Direktionen mit Wirkung vom 1. Juni an wie folgt umgebildet und zugeteilt:

Direktionen der Justiz: Regierungsrat Dr. H. Mouttet;
der Finanzen, Domänen und des Kirchenwesens: Regierungsrat Dr. H. Dürrenmatt;
der Landwirtschaft, Forsten und des Militärs: Regierungsrat H. Stähli;
des Gemeindewesens und der Sanität: Regierungsrat Dr. M. Feldmann.

Ebenso traten bei den Stellvertretungen für die Direktionen folgende Änderungen ein:

Direktionen des Gemeindewesens, der Sanität und des Kirchenwesens: Regierungsrat Dr. H. Mouttet;
der Finanzen: Regierungsrat H. Stähli;
des Militärs und des Erziehungswesens: Regierungsrat Dr. M. Gafner;
der Bauten und Eisenbahnen: Regierungsrat Dr. H. Dürrenmatt;
der Landwirtschaft und Forsten: Regierungsrat Dr. M. Feldmann;
der Polizei: Regierungsrat G. Moeckli.

Der neugewählte Regierungsrat Dr. Markus Feldmann trat sein Amt am 1. Juli an.

Bezirksbeamte

Infolge Hinschiedes von A. Bertschinger wurde im Amtsbezirk Biel im 2. öffentlichen Wahlgang als *Regierungsstatthalter* gewählt Dr. Emil Brändli, Kartellsekretär in Biel. Eine gegen diese Wahl von der Partei der Arbeit Biel eingereichte Beschwerde wurde vom Grossen Rat als unbegründet abgelehnt. — Im Amtsbezirk Courtelary wurde an Stelle des zurückgetretenen Léon Liengme ebenfalls im öffentlichen Wahlgang als Regierungsstatthalter gewählt Willy Sunier, Lehrer und Vorsteher des Waisenhauses in Courtelary. — Eine Neuwahl des Regierungsstatthalters war auch im Amtsbezirk Delsberg notwendig, da der bisherige Amtsinhaber, A. Graf, zurückgetreten ist. Gewählt wurde Ernest Faivet, bisher Angestellter der Gerichtsschreiberei in Delsberg.

Infolge seiner Wahl zum Oberrichter trat Dr. A. Wilhelm als Gerichtspräsident/Regierungsstatthalter des Amtsbezirkes Freibergen zurück. In stiller Wahl wurde als Nachfolger gewählt Paul Hublard, Fürsprecher in Saignelégier. — Zurückgetreten ist im Berichtsjahr ebenfalls infolge seiner Wahl zum Oberrichter der Gerichtspräsident des Amtsbezirkes Konolfingen, Emil Schmid. An dessen Stelle wurde im öffentlichen Wahlgang gewählt Fritz Pflüger, Fürsprecher in Münsingen.

Im Amtsbezirk Freibergen wurde an Stelle des zum Gerichtspräsidenten/Regierungsstatthalter gewählten Paul Hublard als *Gerichtsschreiber, Betreibungs- und Konkursbeamter* in stiller Wahl gewählt, Laurent Aubry, Fürsprecher in Saignelégier. — Eine Ersatzwahl für die Stelle des Gerichtsschreibers/Betreibungs- und Konkursbeamten fand ferner statt im Amtsbezirk Laupen. An Stelle des zurückgetretenen Alfred Gerber wurde in stiller Wahl gewählt Fritz Aeberhardt, Notar in Lützelflüh. — Schliesslich musste auch infolge des Hinschiedes von Dr. Ernst Renfer der Gerichtsschreiber/Betreibungs- und Konkursbeamte des Amtsbezirkes Trachselwald ersetzt werden. Im öffentlichen Wahlgang wurde gewählt Peter Grossenbacher, Fürsprecher in Bern.

Ersatzwahlen für *Mitglieder der Amtsgerichte* fanden lediglich in den Amtsbezirken Konolfingen und Interlaken statt. An Stelle des zurückgetretenen H. Ulrich Gerber wurde im öffentlichen Wahlgang gewählt Ernst Ledermann, Notar in Grosshöchstetten, und am Platze des zurückgetretenen Notars E. Berta, Ernst Würgler, Vertreter in Wilderswil.

Ergänzungswahlen für Ersatzmänner der Amtsgerichte fanden statt in den Ämtern Bern und Interlaken. Gewählt wurde in Bern an Stelle des zurückgetretenen Karl Schweingruber in stiller Wahl Paul Hügli, Schulhausabwart in Bern, und in Interlaken an Stelle des zum Amtsrichter gewählten Ernst Würgler, ebenfalls in stiller Wahl, Oskar Hirni, Bahnbeamter in Interlaken.

Alle diese Ersatzwahlen erfolgten nach den Vorschriften des Gesetzes über die Vereinfachung von Beamtenwahlen. Bei der Neubesetzung der hauptamtlichen Stellen der Bezirksverwaltung ist fast überall der öffentliche Wahlgang notwendig geworden, während für die Amtsrichter und Amtsgerichtsersatzmänner ein Rückgang der öffentlichen Wahlgänge festzustellen ist.

Staatskanzlei

Über den Geschäftsgang der Staatskanzlei geben folgende Zahlen Aufschluss:

An die Direktionen überwiesene Eingänge	3377
Überweisungen an den Grossen Rat.	251
Ausführung von Drucksachenbestellungen für eine Verkaufssumme von	Fr. 69,423.80
Beglaubigung der Unterschriften . .	28,954
Im Anweisungsverkehr wurden 1816 Geschäfte erledigt mit einem Ertrag von	Fr. 140,184.10

Der Betrag der Drucksachenbestellungen ist gegenüber dem Vorjahr um Fr. 12,464.05 zurückgegangen. Die Zahl der Bestellungen ist aber gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Der Rückgang ist auch auf den Ausfall der öffentlichen Wahlen zurückzuführen, womit Papierbestellungen für ausseramtliche Wahlzettel wegfielen.

Auch der Ertrag im Anweisungsverkehr ist um Fr. 1949 gegenüber dem letzten Berichtsjahr gesunken. Dies ist zurückzuführen auf den Rückgang der Einbürgerungen.

Die französische Abteilung besorgte 2685 Geschäfte, davon 853 des Regierungsrates und 1832 des Grossen Rates und der Direktionen sowie überdies die Übersetzungen und Veröffentlichungen im französischen Amtsblatt.

Tätigkeitsbericht des Staatsarchivs 1945

I. Personelles. Der Angestellte Christian Lerch wurde am 6. März zum Archivassistenten befördert.

II. Benutzung. Das Staatsarchiv wurde von 300 Benützern mit 2651 Besuchen in Anspruch genommen. Wappenauskünfte wurden 635 mündlich, 1216 schriftlich erteilt.

III. Zuwachs. Die Aktenablieferung seitens der Verwaltung war gering. Nur die Sammlung der Karten und Pläne verzeichnet einen Zuwachs von rund 600 Stück. Die Bibliothek wurde um 466 Bände, 618 Broschüren und 356 Einzelblätter bereichert. Aus dem Beitrag der Hilfsaktion für das Buchbinderkleingewerbe wurden 1630 Planrollen, 1627 Mappen und 400 Schachteln angeschafft, die für Neuaufstellung alter Bestände notwendig sind.

Erwähnenswert sind die wertvollen Zuwendungen an Druckschriften u. a., die Fräulein G. Züricher und Herr R. Kellerhals dem Staatsarchiv machten. Die Schenkung Züricher enthält interessantes heimatkundliches und biographisches Material, besonders bernische Lokalgeschichte und die Familien Lohner und Züricher betreffend, die Schenkung Kellerhals namentlich amtliches Material aus dem Nachlass von Direktor Dr. h. c. Kellerhals. Das Kunstmuseum trat dem Staatsarchiv eine Siegelsammlung Weiss, jurassische, namentlich amtliche Wappen umfassend, geschenkweise ab. Erworben wurde ausserdem von privater Hand ein Exemplar der prächtigen und reichhaltigen von Jennerschen Siegelsammlung.

IV. Allgemeine Verwaltung. Die allgemeine Verwaltung war im Berichtsjahr durch Umstellungen belastet. Von der sichernden Kriegsaufstellung wurde zur praktischeren Normalaufstellung übergegangen. In 17 Wochen wechselten 8 Laufkm. Akten ihren Standort; ca. 200 Laufm. wurden nach dem Käfigturm gebracht. Für das Rathaus wurde aus den Beständen des Staatsarchivs eine Handbibliothek zusammengestellt und dort zur Aufstellung gebracht. Am 27. Juni wurden die wertvollsten Dokumente des Archivs aus ihrem Evakuationsstandort unversehrt zurückgenommen.

V. Inventare und Register. Die Erschliessung der Bestände konnte beträchtlich gefördert werden. Es wurden geordnet und inventarisiert: die alten Abteilungen B III bis B VIII, Kirche, Schule und die gesamte Volkswirtschaft mit insgesamt über 9000 Nummern, im neuern Schulwesen die umfangreiche Gruppe der Se

kundarschulen grösstenteils, die Abteilung der Zeitungen, das deponierte Familienarchiv von Tavel und der deponierte Teil des Herrschaftsarchivs von Spiez. Die Kartothek bernischer Gesetze und Verordnungen aus den Mandaten- und Polizeibüchern wurde auf das 17. Jahrhundert ausgedehnt und die neue Karte der amtlichen Drucke, rund 10,000 Karten stark, fertiggestellt und im Lesesaal zur Aufstellung gebracht. Neu erstellt wurde ein Katalog der Lesesaalhandbibliothek nach Verfassern und Materien. Eine aus Arbeitsbeschaffungskrediten des Bundes und des Kantons besoldete Hilfskraft bearbeitete u. a. eine Kartei zur Abteilung Kirchenwesen der Bibliothek und ein Register der Akten der Vennerkammer.

VI. Wissenschaftliche Arbeiten. Das Register des Bandes X der Fontes rerum Bernensium fand weitere Förderung.

VII. Wappenkommission. In 4 Sitzungen der deutschen und einer der jurassischen Subkommission wurden 10 Amtsbezirke mit 148 Gemeinden behandelt. Vom Regierungsrat anerkannt sind bisher 262 Gemeindewappen in 18 Amtsbezirken.

VIII. Bezirksarchive und Gemeindearchive. Neu geordnet wurden im Berichtsjahr die Bezirksarchive von Burgdorf, Erlach, der Freiberge, von Trachselwald und Wangen. In Angriff genommen wurde Courtelary. Inventare ausgearbeitet wurden für die Archive von Aarwangen, Büren, Frutigen und Niedersimmental.

An Stadt- und Gemeindearchiven wurden vom jurassischen Archivar auf Kosten der Gemeinden das Stadtarchiv von Pruntrut fertig geordnet und die Reorganisation des Stadtarchivs Delsberg durchgeführt. Das Burgerarchiv Delsberg bearbeitete der jurassische Archivar in seiner Freizeit.

Das Gemeindearchiv von Toffen wird nach Richtlinien des Staatsarchivs durch einen vom Staatsarchiv empfohlenen Bearbeiter neu geordnet.

IX. Hallwylarchiv. Der Hallwylarchivfonds betrug am 1. Januar 1945 *Fr. 12,239.80.* Er beträgt am 31. Dezember 1945 *Fr. 12,606.10.* Die Zinseinnahmen beliefen sich auf *Fr. 396.75.* Angeschafft wurde in geringem Umfang aargauische Literatur.

Bern, den 31. Mai 1946.

Der Regierungspräsident:
H. Stähli

Vom Regierungsrat genehmigt am 19. Juli 1946

Test. Der Staatsschreiber i. V.: **Hubert**